

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

## **Wortprotokoll**

**über die**

**10. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 26. Januar 2017**

**(16.00 Uhr bis 00.14 Uhr)**

Frage Nr. 376.....	18
Stadtverordnete Figen Brandt, SPD:.....	18
Stadträtin Sylvia Weber:.....	18
Frage Nr. 377.....	18
Stadtverordneter Dimitrios Bakakis, GRÜNE:.....	18
Stadträtin Sylvia Weber:.....	19
Frage Nr. 378.....	19
Stadtverordneter Horst Reschke, AfD: .....	19
Stadtrat Markus Frank:.....	19
Frage Nr. 379.....	20
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	20
Stadtrat Markus Frank:.....	20
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 367 .....	21
Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:.....	21
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE: .....	22
<b>Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 369 .....</b>	<b>23</b>
Stadtverordnete Monika Krause, AfD: .....	23
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:.....	24
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU: .....	24
Stadtverordneter Thomas Böppler-Wolf, SPD: .....	25
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	26
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	27
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>27</b>
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 368 .....	28
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:.....	28
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:.....	29
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU: .....	29
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE.:.....	30
Stadträtin Sylvia Weber:.....	31
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 370 .....	32
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	32
Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:.....	33
Stadtverordneter Dr. Albrecht Kochsiek, CDU:.....	33
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	34
5. Verabschiedung der Tagesordnung II .....	34

**Aktuelle Stunde  
zur Frage Nr. 369  
Frage vom 19.01.2017, F 369 /  
Stadtv. Monika Krause - AfD -  
An Silvester 2016 feierten am  
Mainufer und auf den  
Mainbrücken nur etwa 5.000  
Personen, während es in  
früheren Jahren bis zu 100.000  
waren.  
Ich frage den Magistrat:  
Worauf führt der Magistrat diese  
Entwicklung zurück?**

**Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:**  
(fortfahrend)

... Frauen auch in unserer Gesellschaft aus dem Straßenbild und damit aus der Öffentlichkeit zu verdrängen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Wehnmann von der FRAKTION. Es verbleiben noch zwei Minuten und dreißig Sekunden Redezeit für diese Aktuelle Stunde. Das heißt, dass die Wortmeldung Nummer sieben von Frau Ditfurth und Nummer acht von Herrn Burcu leider nicht mehr drankommen können. Bitte schön, Herr Wehnmann!

**Stadtverordneter Nico Wehnmann,  
FRAKTION:**

Herr Vorsteher,  
werte Damen und Herren!

Die Antwort auf die Frage eben, es wurde nicht direkt zur Frage gesprochen, liegt auf der Hand. Es gibt in Deutschland Strömungen, die Angst und Schrecken verbreiten. Deswegen bleiben so viele Leute von bunten Festen fern. Es handelt sich unter anderem um eine Partei, welche den Namen AfD trägt, die hier in diesem Land Angst und Schrecken verbreitet, deren Spitzenpolitiker und andere Rechtspopulisten sich dahin gehend äußern, dass die Angsträume für blonde Frauen größer werden oder die Übergriffe in Köln mit dem Verhalten der Roten Armee nach dem Zweiten Weltkrieg in Berlin in Verbindung bringen, dann könnte das das Fernbleiben so vieler Menschen erklären. Zum Glück folgen der AfD in diesem Land nicht Menschen mit halbwegs gesundem Menschenverstand. Genau diese Menschen waren es, die trotzdem zum Mainufer gekommen sind.

(Zurufe)

Ich begrüße es, dass die AfD-Sympathisantinnen und AfD-Sympatisanten dieses Jahr nicht am Mainufer waren, und hoffe, dass das in den Jahren darauf genauso ist.

(Beifall, Zurufe)

Vielleicht lag es an den Temperaturen oder an den Betonpollern. Egal, so viel ist sicher, an den Geflüchteten lag es nicht, denn die haben mit uns gemeinsam wunderschön Silvester gefeiert. Es lag auch nicht, liebe AfD, an Frau Merkel, es lag an Ihnen und Ihrer Angstmacherei. Ich glaube, dass uns dieser Grund hier noch einige Male beschäftigen wird, und zwar so lange, wie Sie hier mit uns in der Stadtverordnetenversammlung sitzen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Wehnmann! Frau Ditfurth, Sie haben noch eine Redezeit von einer Minute.

(Beifall, Heiterkeit)

Sie haben das Wort!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**

Ich mache es ganz kurz. In Köln haben wir dieses Jahr gelernt, dass Nordafrika auch im Iran liegt. Zweitens haben wir gelernt und heute auch wieder gehört, dass nur Kartoffeln, also biodeutsche Männer, deutsche Frauen begripschen dürfen. Drittens möchte ich nur mitteilen, damit alles wieder ein bisschen sachlicher wird und zur Basis zurückkommt, dass schon in den vergangenen Jahren Silvester ein Problem war, und zwar nicht deswegen, weil irgendwelche dunkelhäutigen netten Menschen zu viele waren, sondern deswegen, weil am Main in zu großen Menschenmassen geböllert wurde, was ziemlich unangenehm war. Man hätte das Problem viel früher lösen können, sagen einem auch Rettungssanitäter, dass man andere Maßnahmen ergriffen hätte. Der Wunsch der AfD

ist es einfach, jeden Konflikt in dieser Gesellschaft, und sei es auch nur ein eingebildeter, zu benutzen, um ordentlich rassistisch zu hetzen. Ihr seid eine Dreckspartei und ich würde euch gerne plattmachen.

(Beifall, Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Zeitlich war es eine Punktlandung.

(Heiterkeit)

Unter normalen Umständen würde man Sie für Ihre Wortwahl rügen. Bei einer solchen Rüge geht man davon aus, dass eine gewisse Chance besteht, dass dadurch eine Lernfähigkeit erzeugt wird, sich anders auszudrücken. Sie, Frau Ditfurth, wir haben das nachgelesen, haben seit 30 Jahren immer wieder Ihre jährliche Rüge erhalten. Ich verzichte wegen pädagogischer Sinnlosigkeit darauf, Sie zu rügen.

(Beifall, Heiterkeit)

Ich rufe die nächste Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 368 auf, angemeldet von den GRÜNEN. Die erste Wortmeldung kommt von Frau Ross. Bitte schön!

**Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 368**

**Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Erinnern wir uns, im Juli 2014 beendete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit einem Paukenschlag die Finanzierung der Kinderbetreuung, während deren Mütter und Eltern Integrationskurse besuchten. Die Schockwelle ereilte auch uns in Frankfurt. Im bundesweiten Vergleich nimmt Frankfurt bezüglich Integrationsmaßnahmen eine Spitzenposition ein. Betroffen waren damals 185 Kinder, die während einer wichtigen Integrationsmaßnahme für ihre Mütter und Eltern nicht mehr in derselben Einrichtung be-

treut werden konnten. Die logische Konsequenz daraus war, dass sich Mütter gegen den Integrationskurs entschieden haben, um ihre Kinder selbst betreuen zu können. Der so bekannte Spagat, gleichzeitig Fortbildung und Kinderbetreuung zu meistern, scheiterte in vielen Fällen. Wir konnten diese Frauen im Sinne der Integration nicht mehr erreichen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zeigte sich nicht offen für Argumente, die wiederholt von Frau Dr. Eskandari-Grünberg und Frau Sorge als Magistratsvertreterinnen vorgebracht wurden, um zumindest für ein weiteres Jahr die Kinderbetreuung zu finanzieren. Das Bundesamt zeigte sich auch nicht offen für Petitionen von Trägern, Betroffenen und Menschen, die einfach ihre Solidarität bekundet hatten, weil sie das Problem verstanden hatten. Die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister aller Länder hatten im Nachgang der 10. Integrationskonferenz 2015 die Bundesregierung dazu aufgefordert, die Verantwortung für die Vereinbarkeit von Kursteilnahme und Kinderbetreuung wahrzunehmen und die Kinderbetreuung finanziell abzusichern. Nein, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zeigte sich auch hier resistent für integrationspolitische Argumente. Nun haben wir heute erfahren, es hat zweieinhalb Jahre harten Druck gebraucht, dass sich hierbei wieder etwas bewegt und erst jetzt der Bund wieder einsteigt. Ich finde, das ist ein schwaches Bild seitens des Bundes in der Integrationspolitik.

(Beifall)

Aber auch unser Land hat gehandelt. Hessen hat gehandelt, die schwarz-grüne Landesregierung hat mit dem aktuellen Aktionsplan II, Fortschreibung des Hessischen Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, ein großes und sehr starkes Paket für 2017 geschnürt. Für den Ausbau der Kinderbetreuung für Flüchtlinge, die an Förderprogrammen teilnehmen werden, werden 800.000 Euro bereitgestellt. Ich meine, das kann sich sehen lassen. Das ist vorbildliche hessische schwarz-grüne Integrationspolitik.

(Beifall)

6.	<b>Beschlussfassung in geheimer Abstimmung gemäß § 39a Absatz 3 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung über die Vornahme der Wiederwahl des hauptamtlichen Mitglieds des Magistrats, Herr Stadtrat Stefan Majer (Antrag NR 194 CDU/SPD/GRÜNE)</b> (Ende der Amtszeit: 07.07.2017).....	35
	<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 14.12.2016, NR 196	
	<u>hierzu:</u> Antrag der AfD vom 29.12.2016, NR 207	
	<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 24.01.2017, NR 225	
	Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	35
	Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU: .....	38
	Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	40
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	41
	Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	43
	Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.: .....	45
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	47
	<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>50</b>
	Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.: .....	52
7.	Wiederwahl von Stadtrat Stefan Majer als hauptamtliches Mitglied des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main.....	54
	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 13.12.2016, NR 194	
	Stadtrat Stefan Majer: .....	54
	Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.: .....	55
8.	Aushändigung der Ernennungsurkunde gemäß § 46 der Hessischen Gemeindeordnung an Herrn Stadtrat Stefan Majer.....	55
	Oberbürgermeister Peter Feldmann: .....	55
9.	Schulbau beschleunigen .....	56
	Vortrag des Magistrats vom 09.12.2016, M 233	
	Stadträtin Sylvia Weber: .....	56
	Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU: .....	58
	Stadtverordneter Hubert Schmitt, SPD: .....	61
	Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE: .....	62
	Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER: .....	64
	Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP: .....	66
	Stadtrat Jan Schneider: .....	68
10.	Keine Verlagerung zusätzlicher Flüge an den Flughafen Frankfurt! .....	70
	Antrag der AfD vom 15.12.2016, NR 199	
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	70
	Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU: .....	72
	Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD: .....	74
	Stadtverordneter Nico Wehnemann, FRAKTION: .....	75
	Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE: .....	75

Herr Zieran, ich bitte Sie darum, sich zumindest zu bemühen, an das Rednerpult zu kommen.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Guten Tag, Herr Siegler! Wenn Sie den Sitzungssaal so umbauen, dass ich mich dahinten nicht durchdrängeln muss, und dafür sorgen, dass ich nicht behindert werde beim Vorwärtsgehen, dann bin ich zu der vorgegebenen Sekunde, die Sie wünschen, hier am Pult. So viel dazu. Ich wollte eigentlich etwas ganz anderes sagen, aber man muss diese rechte Seite erst einmal bedienen.

(Beifall)

Es ist unglaublich, wie verlogen hier argumentiert wird. Herr Schenk, Hetze und Rechtspopulismus. Ja natürlich war das gerade wieder Hetze vonseiten der AfD. Dazu komme ich gleich noch. Verlogen deshalb, weil Sie davon reden, dass Sie dagegen sind, weil Steuergelder verloren gehen. Das ist der Witz des Jahrhunderts. Sie sind einer der treibenden Kräfte bei der Altstadt gewesen - nicht Sie persönlich, sondern die BFF - wo wir über 200 Millionen Euro in den Sand setzen, für eine Puppenstube, für ein Potemkinsches Dorf, also kommen Sie nicht immer mit dieser Argumentation.

(Beifall)

Auch wenn gerade kein Vertreter des Magistrats oder der Mehrheitsfraktionen hier ist, es ging um Steuergelder und inhaltliche Prioritätensetzung. Greifen Sie den Dezernenten Majer doch inhaltlich an, wenn Sie ihn nicht wollen, und nicht mit solchen verqueren ideologisch rechten Ausfällen. Das Gleiche ist bei der Argumentation von AfD und BFF zu sagen, wenn es um Geld geht. Wir müssen laut Magistrat sparen und dann wird beklagt, dass 500 Stellen geschaffen werden, die wir gar nicht brauchen. Natürlich brauchen wir die Stellen. Sie behaupten immer, Sie machen etwas für die Bürger. Das genaue Gegenteil machen Sie, Sie sind die Parteien, die den Bürgerservice einschränken wollen, wenn Sie keine Stellen schaffen.

Bei der Ausländerbehörde stehen die Leute schon draußen auf der Straße. Es gibt kein Personal, um die Anliegen dieser Leute entsprechend zu behandeln. Wir haben nicht genügend Personal bei den U-Bahn-Fahrern, wir haben überall Ausfälle in der Stadt zu beklagen. Da müssten Sie sich einmal darum kümmern, wenn Sie glaubhaft sein wollen. So viel zu dieser Frage.

Ein letztes Wort zur AfD, wenn hier gegen die interkulturelle Kompetenz argumentiert wird. Es stinkt einmal wieder nach Rassismus, kann ich da nur sagen. Wenn Sie die interkulturelle Kompetenz abschaffen wollen und das gegen die Kompetenz setzen, dann ist das demagogisch, nichts anderes. Es geht hier nicht wirklich um Sachargumente. Wenn man bestimmte Leute von der AfD hört, dann kann man eigentlich nur sagen: AfD wählen heißt, Faschisten wählen. Es ist nicht seriös, sich mit so einer Partei auseinandersetzen zu müssen, aber leider sind Sie hier in diesem Parlament. Ich würde mir wünschen, Sie wären hier nicht vertreten, aber es ist nun einmal so.

Zu dem Dezernenten Majer: Wir lehnen die Wiederwahl des Dezernenten Majer aufgrund seines Wirkens als Verkehrsdezernent ab. Er hat bei dem zentralen Punkt versagt, an dem auch schon vorherige Dezernenten gescheitert sind. Verkehrspolitik ist eine Politik, die auch eine Politik für die Gesundheit aller Frankfurter ist. Das heißt, nicht das Auto, sondern die Gesundheit muss den Vorrang haben, es muss eine Feinstaubbekämpfung und eine Schwefeldioxidbekämpfung geben. Ansonsten ist man mitschuldig daran, dass Menschen wegen dieser Immissionsbelastung frühzeitig sterben. Da ist von Stefan Majer nichts getan worden. Ich erinnere an die Friedberger Landstraße, viele Bürgerinitiativen haben versucht, die Straße auf eine Fahrspur zu verschmälern, weil die Immissionsbelastung so hoch ist. Es hat zu der Luftbelastung Untersuchungen von Greenpeace gegeben, es gab eine Aufforderung zum Handeln, Straßen zu sperren, weil die EU-Vorschriften gesprengt worden sind. Es hat sich niemand, der in dieser Stadt an verantwortungsvoller Stelle saß, darum gekümmert. Ich hoffe, dass Herr Oesterling andere Prioritäten setzt. Wir warten einmal ab.

Diese Belastung in der Friedberger Landstraße/Höhenstraße, und weitere zwei oder drei andere Bereiche, sind nicht vermindert worden. Allein das reicht aus, um zu sagen, dass Herr Majer mit Sicherheit für eines nicht geeignet ist, und das ist nachdem, was er vorher gemacht hat, die Zuständigkeit für das Gesundheitsdezernat.

(Beifall)

Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, dass er das Desaster der U 5, das man allein schon mit dem Rost in einer neuen Haltestelle beschreiben kann, wo man jetzt schon darüber nachdenken muss, ob sie in den nächsten Jahren zusammenbrechen wird, zu verantworten hat, oder dass ein Wetterschutz für die Bürger als nicht relevant angesehen wird, weil man Kosten sparen wollte. Es gibt keinen Wetterschutz an den Seiten der neuen Haltestellen. Es gibt eine unendliche Latte, man konnte sie in der Presse nachlesen. Das ist grüne Politik, die wir ablehnen. Wir hätten eine Niederflurstraßenbahn bauen können, das war ursprünglich die Verantwortung von Herrn Sikorski. Damit hätten wir das gesamte Problem mit den Hochbahnsteigen nicht gehabt. Wir hätten die Millionen, die wir dafür herausgeschmissen haben, nicht herauschmeißen müssen.

Das sind in aller Knappheit die entscheidenden Punkte, weshalb wir sagen, dass Herr Majer als Dezernent nicht geeignet ist. Er ist natürlich im Magistratskollegium eingebunden, das ist mir völlig klar, vielleicht hat er persönlich auch eine andere Meinung, aber das interessiert hier nicht. Es interessiert seine Eingebundenheit in die Koalitionspolitik, deshalb können wir ihn nur ablehnen.

Das zu Herrn Majer. Jetzt zu den Anträgen. Wir lehnen fast alle Anträge ab, den FDP-Antrag, jetzt weiß ich den zweiten gar nicht mehr, und den Antrag der großen Koalition. Den LINKEN.-Antrag hätten wir gerne angenommen. Nur ist da ein kleiner Schönheitsfehler drin. Ich hoffe, es ist nur ein Zufall. Das Thema Antisemitismus scheint Sie nicht zu interessieren. Sie führen Rassismus auf, das ist völlig richtig, Antidiskriminierung, Migration, das ist alles klasse, aber wenn man weiß, was in der Linkspartei sonst so rumtobt, haben wir Schwierigkeiten. Ich rede von einem gewissen Flügel, der in Linksjugend

solid verankert ist und durch Sahra Wagenknecht vertreten wird. Wenn man weiß, was da an Positionen zu diesem Thema vertreten werden, dann ist das schon ein sehr eigenartiger Fehler, der in diesem Antrag passiert ist. Wir wollten deshalb dem Antrag mit der Ergänzung zustimmen, dass unter Punkt drei hinter dem Wort „Antirassismus“ das Wort „Antisemitismus“ ergänzt wird. Nun ist mir gesagt worden, das könne ich nicht, was sonst immer möglich ist, weil geheim abgestimmt wird. Das wiederum verstehe ich überhaupt nicht. Das ist eine öffentliche Debatte über Inhalte dieser Stadtpolitik. Hier geht es nicht um die geheime Wahl. In diesen Anträgen geht es um Alternativen zu diesem Dezernat. Ein sehr sinnvoller Antrag mit der neuen Aufgabenbeschreibung, dem wir trotz dieses einen Schönheitsfehlers auf jeden Fall zustimmen könnten.

Ich beantrage deshalb, dass alle Fakten in diesen Anträgen, die nichts mit der direkten Wiederwahl zu tun haben, öffentlich abgestimmt werden. Die HGO gibt nicht her, dass wir über Inhalte geheim abstimmen. Wenn Sie der Meinung sind, dass in dem LINKEN.-Antrag der erste Punkt geheim abgestimmt werden muss, weil es da um die Wiederwahl geht, kann ich das einsehen, das ist in der HGO leider so geregelt, auch wenn ich finde, dass man für die Bürger alles öffentlich machen sollte. Mindestens für die Punkte zwei bis sieben beantrage ich aber eine öffentliche Abstimmung des Antrages der LINKEN. Ich werde dann, wenn dem stattgegeben wird, was eigentlich nach der HGO gemacht werden muss, denn die Einschränkung der Öffentlichkeit ist in Kommentaren sehr eng begrenzt, den Ergänzungsantrag um das Wort „Antisemitismus“ stellen. Ich würde mich freuen, wenn ihr eine andere Linie vertreten, als man in der Partei der LINKEN. sonst mitbekommt und das Wort „Antisemitismus“ einfach übernehmen würden. Danke. Das zu den verschiedenen Debattenlagen in der Stadt.

Zum Thema Wohnungspolitik hätte ich gerne auch noch etwas gesagt, aber ich kann mich da voll und ganz dem anschließen, was die Kollegin von der LINKE.-Fraktion gesagt hat. Es ist ein Desaster der großen Koalition und es ist ein Desaster der SPD, die da voll mit drin ist, auch wenn sie sich jetzt bemüht, in der Mieterbewegung mitzumachen. Wenn da



jemand aktiv ist, dann ist es eher die LINKE.-Fraktion als die SPD.

Danke, Tschüss!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Ich habe es vorhin schon einmal erläutert, deshalb wiederhole ich mich jetzt. Die Abstimmung ist deswegen geheim durchzuführen, weil alle diese Punkte im Zusammenhang mit der Amtszeitverlängerung von Stadtrat Majer stehen. Wenn Sie separate Anträge gemacht und sie so frühzeitig in den Geschäftsgang gegeben hätten, dass sie in der letzten Plenarsitzung hätten votiert werden können, dann wären das ganz normale Anträge im Geschäftsgang gewesen. Da hier aber der unmittelbare Zusammenhang mit der Wiederwahl zu sehen ist, ist die Abstimmung in geheimer Wahl durchzuführen. Es tut mir leid, Herr Zieran.

(Zurufe)

Wenn man es in einen Antrag hineinschreibt, dann ist das halt so.

Ich lasse jetzt, um sicherzugehen, darüber abstimmen, ob geheim abgestimmt werden soll. Sie haben beantragt, die geheime Abstimmung aufzuheben.

(Zurufe)

Herr Zieran, bitte schön!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Ich hatte eine getrennte Abstimmung bei dem Antrag der LINKEN. beantragt, weil mir schon bewusst ist, dass die Abstimmung über die Wiederwahl nach der HGO geheim sein muss. Der erste Punkt unterliegt der geheimen Abstimmung, das ist korrekt, alle anderen Punkte sind öffentlich abzustimmen. Also eine getrennte Abstimmung des Punktes eins von den anderen Punkten. Punkt eins nicht öffentlich, die Punkte zwei bis sieben öffentlich.

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Ich erlaube mir den Punkt zwei beispielhaft vorzulesen, dann erschließt sich vielleicht auch die Argumentation des Büros der Stadtverordnetenversammlung: „Die bisherigen Aufgaben des Gesundheits- und Planungsdezernenten werden auf andere Dezernate übertragen.“ Wer da keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Wahl sieht ... Das gilt auch für die anderen Punkte. Bei Punkt vier: „das neu zu bildende Dezernat“. Bei Punkt drei: „Errichtung eines Dezernats“. Bei Punkt fünf: „Ausländerbehörde im neuen Dezernat“. Bei Punkt sechs: „neues Dezernat für Geflüchtete“. Bei Punkt sieben: „Führung des neuen Dezernats“.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:  
(fortfahrend)**

Entschuldigung, es geht nicht um personelle Angelegenheiten. Es geht um eine inhaltliche Ordnung.

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Herr Zieran, ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob die Punkte zwei bis sieben öffentlich abgestimmt werden sollen, weise aber darauf hin, dass eine offene Abstimmung die rechtliche Belastbarkeit der Abstimmung erheblich gefährden würde.

**Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:**

Wäre es möglich, dass wir das Wort „Antisemitismus“ in unserem Antrag ergänzen?

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Das bleibt Ihnen unbenommen. Wenn auf die Art und Weise das gesamte Verfahren erleichtert wird.

(Zurufe)

Dann hätten wir uns das auch schenken können.



11.1	Polizeipräsidium besser nutzen.....	76
	Antrag der LINKE. vom 13.10.2016, NR 128	
11.2	Neuer Bebauungsplan für das alte Polizeipräsidium .....	76
	Antrag der FDP vom 07.11.2016, NR 148	
<b>11.3</b>	<b>Bebauungsplan für die Fläche "Altes Polizeipräsidium".....</b>	<b>76</b>
	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 19.01.2017, NR 219	
	Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	76
	Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	78
	Stadtrat Mike Josef: .....	79
	Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	81
	Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE: .....	82
	Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:.....	84
	<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>85</b>
	Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:.....	87
	Stadtrat Mike Josef: .....	88
	Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE: .....	91
	<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>91</b>
	Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:.....	93
12.	Sechsstreifiger Ausbau der A 661 sowie Bau des Riederwaldtunnels .....	94
	Antrag der FDP vom 11.12.2016, NR 193	
13.	Droht Frankfurt der Verkehrsinfarkt? .....	95
	Bericht des Magistrats vom 07.10.2016, B 266	
	Stadtverordnete Ingeborg Leineweber, BFF:.....	95
	Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD: .....	97
	Stadtverordneter Horst Reschke, AfD: .....	97
	Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	100
14.	Keine koalitionären Machtspiele auf Kosten der Kinder.....	100
	Antrag der FRANKFURTER vom 04.11.2016, NR 147	
	Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	100
	Stadtverordneter Luigi Brillante, FRANKFURTER: .....	101

Ich kenne viele junge Leute, die händeringend eine Bezahlung suchen. Ich kenne aber auch sehr viele junge Leute mit guter Ausbildung und einem vernünftigen Einkommen, die händeringend eine Unterkunft in dieser Stadt Frankfurt suchen. Wir brauchen beides. Ich mache nicht an irgendeiner Einkommensgrenze einen willkürlichen Cut. Wir brauchen beides, und deshalb wollen wir Frankfurt für alle. Das ist unser Begriff. Und deswegen möchte ich auch durchaus eine Mischung in den einzelnen Objekten. Ich halte den Weg, den der Planungsdezernent geht, für völlig richtig, zu sagen, 30 Prozent - oder bei ABG Frankfurt Holding 40 Prozent -, was wir diskutieren, am Ort des jeweiligen. Jeder neue Bebauungsplan 30 Prozent, und zwar nicht irgendwo - wie es früher am Riedberg war, da wollten wir sie nicht, die schieben wir nach Sossenheim -, sondern an der Stelle, wo das Projekt ist.

(Beifall)

Es ist nachverhandelt worden, ob es jetzt ins politische Kalkül von wem auch immer in diesem Raum passt oder nicht. Da ist an einigen Stellen nachverhandelt worden, und einige Leute in der Stadt haben geschluckt, aber die 30 Prozent sind akzeptiert worden. Der Planungsdezernent und der Magistrat insgesamt haben sich auf einen neuen Weg begeben, den ich in der Sache für richtig und für sozial verantwortlich halte.

(Beifall)

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Wenn das Land auf einen möglichst hohen Ertrag spekuliert und wir gemeinsam wollen, dass das Land davon herunterkommt, dann wollen wir helfen, dass es von dieser, ich sage einmal für die Stadt Frankfurt und die Sozialverantwortung in dieser Stadt nicht hilfreichen Position herunterkommt. Dann darf sich allerdings auch die Stadt nicht an einem solchen Karussell des Preistreibens beteiligen. Das geht nicht. Dann sind wir blitzschnell, wenn die Verhandlungen früher gescheitert sind, bei Forderungen mit über 100 Millionen Euro, wie man zum Teil hört, für ein solches Areal. Wer will es verantworten, mit städtischen Geldern, mit Steuergeldern, diese Geschichte zu bezahlen? Wir wollen das Instrument nutzen, über eine Änderung der Planung voranzukommen, und ich

freue mich auf die Abstimmung. Frau Tafel-Stein, ich halte nichts davon, für privilegierte Gruppen in einem solchen Haus ein exklusives Wohnrecht und eine Wohnmöglichkeit zu schaffen. Ich möchte es für alle haben. Unbeschadet dieser unterschiedlichen Auslegung der Anträge, ist für mich der zentrale Punkt dieser heutigen Debatte, dass wir wollen, dass sich endlich etwas bewegt, dass die Stadt vorankommt und dass das Land seiner Verantwortung gerecht wird. Wenn das gelingt, dann haben wir etwas wirklich Gutes an dieser Stelle für Frankfurt geleistet.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreunds Schuh:**

Vielen Dank, Herr Pawlik! Als nächster Redner hat Herr Zieran von ÖkoLinX-ARL das Wort. Ihm folgt Herr Müller von der LINKEN. Bitte, Herr Zieran!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Hallo!

Fangen wir mit dem an, der meint, dass er Kapitalismus versteht, der andere belehrt, sich selbst aber Kapitalinteressen unterwirft und auf Samtpfoten dem Kapital hinterherläuft.

(Beifall, Zurufe)

Das ist deine Politik, Uli Baier, die du hier in den letzten Jahren gemacht hast. Du hast überall versucht, noch etwas herauszuschlagen. Das muss man dir anrechnen. Aber du hast den Weg der Immobilienspekulation nicht gebremst. Du bist ihm mitgegangen, hast die Spekulationen in deiner Beratungsfunktion und in den Möglichkeiten, die du hattest, weiterlaufen lassen, und dann hast du versucht, soziale Schnipselchen von dieser Spekulation abzugreifen. Mehr war das nicht. Du hast nicht ein Mal versucht, in dieser Stadt durchzusetzen, dass die Stadt das

ersetzt, was auf Bundesebene nicht gemacht wird, nämlich strategische Grundstücke zurückzukaufen, in den Griff zu bekommen und die Spekulation zu stoppen.

(Beifall)

Das, was die SPD heute auch nicht macht. Sie redet von sozialer Verträglichkeit, was nur hohles Gerede ist. 1970 haben die Jusos gefordert, dass kommunaler Grund und Boden kommunalisiert werden muss. Von dieser Forderung sind wir weit entfernt. Warum haben sie es gefordert? Sie haben gesagt, wir müssen, wenn wir soziale Verantwortung haben, die Spekulation stoppen. Hier redet ein Schönredner von der SPD über soziale Verantwortung, und die neue Politik sei toll. Wir haben 40.000 Sozialwohnungen seit 1990 verloren. Die wollt ihr mit 15 Prozent Sozialwohnungen ausgleichen, denn die 30 Prozent sind nicht die Wahrheit. Es sind nur 15 Prozent Sozialwohnungen, die anderen 15 Prozent sind schon wieder gehobener Wohnungsstandard.

Jetzt kommt das dickste Ei. Ich bin nun schon ein bisschen älter. Nun tritt hier heute ein Planungsdezernent auf und sagt, wir dürfen nicht die Fehler der Siebzigerjahre wiederholen, wir müssen eine Mischung machen. Bloß nicht 100 Prozent Sozialwohnungsbau, sonst kriegen wir Gettos. Die Gettos, die damals entstanden sind, sind zum Teil keine Gettos gewesen, die aus Sozialmietern bestanden haben, sondern man hatte dort Leute, die Sozialempfänger waren. In Lübeck ist es so gewesen. In eine Siedlung hat man dort Leute in Wohnungen hineingesteckt, die überhaupt noch nicht leben gelernt hatten, und sich gewundert, dass Schweine in der Badewanne waren. Man hat sich um diese Siedlung nicht gekümmert. Das war das Problem, das wir damals zum Teil hatten. Man kann sich jetzt darüber unterhalten, dass man eine Mischung machen muss, aber wenn ich sozial verantwortlich sein will, dann muss ich erst einmal dieses Defizit der letzten Jahrzehnte sozialdemokratischer Politik, keine Sozialwohnungen zu bauen, nichts auf dem Wohnungsmarkt zu tun, fortgesetzt von den GRÜNEN, nicht in die Spekulationsblase einzugreifen, stoppen und dann den sozialen Wohnungsbau für die nächsten fünf bis zehn Jahre mindestens auf dieses Quorum, das die Linkspartei gefordert hat - ich würde sa-

gen, 70 bis 100 Prozent Sozialwohnungsbau brauchen wir - bringen. Das heißt doch nicht, dass wir Gettos machen müssen. Das heißt, dass wir wirklich die soziale Verantwortung wahrnehmen und nicht einfach nur darüber reden, etwas zu tun, aber in Wirklichkeit geht es so weiter.

Sagen wir, Mike Josef schafft es, wirklich 300 oder 500 Sozialwohnungen zu bauen. Ein Riesenerfolg. 40.000 Wohnungen Verlust, 500 bauen wir. Die SPD sagt auch, ganz toll, wenn wir das so machen. Gleichzeitig, ich erinnere nur an die Stiftstraße, werden drei Wohnhochhäuser mit einem Quadratmeterpreis von neun bis zehn Euro gebaut. Wer von der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht kann sich das denn leisten? Die können sich fünf bis sieben Euro leisten, und das wird für manche schon schwierig. Darüber hinaus ist gar nichts möglich. Da ist die Spekulationsschraube. Uli, wenn du dir gegenüber ehrlich bist, dann weißt du, dass du diesen Spekulationskreislauf mit anheizt und versuchst, daneben ein paar Pflasterchen zu stecken, aber du brichst die Dynamik der Spekulation nicht mit dieser Sorte von Politik, der Einhegung der Spekulation des Immobilienkapitals. Das wird von der Linkspartei wenigstens versucht, auch wenn es nicht das Allheilmittel ist. Hier wird versucht, einen Weg zu gehen. Ihr tut es gar nicht erst. Ihr sagt, wir machen so weiter, wir brauchen die Steuern. Dann kommen irgendwelche Behelfsmittelchen, irgendwelche Argumente von Pawlik, wir hegen es irgendwie ein, wir müssen jetzt Mischungen machen, und deswegen machen wir nicht mehr.

Egal, ob die Leute CDU wählen, SPD oder GRÜNE: Die, die wenig Einkommen haben, werden in den nächsten zehn Jahren die Betroffenen sein, auch bei der Politik, die der Magistrat hier weitermacht. Da müsste soziale Verantwortlichkeit hinein, dass hier ein Break, ein radikaler Bruch der bisherigen Politik ist und wir wirklich den sozialen Wohnungsbau der letzten Jahrzehnte ersetzen, den wir nicht gemacht haben, und bauen. Wenn wir das tun wollen, wenn wir sagen, wir bauen diese 40.000 fehlenden Sozialwohnungen, dann können wir uns gerne darüber unterhalten, wie wir die Siedlungsstruktur handhaben und wie wir eine vernünftige Mischung hinbekommen, aber nicht umgekehrt mit diesen Argumenten alles verhindern.

Tut etwas gegen das Kapital, strengt euch an, einen Aufstand zu machen für die sozial Schwachen. Ansonsten lasst das Gerede. Das ist Kirchentagsgerede von Herrn Pawlik.

Danke!

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreunds Schuh:**

Danke schön, Herr Zieran! Als nächster Redner hat Herr Müller von der LINKEN. das Wort. Bitte!

**Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
meine Damen und Herren!

Eigentlich wollte ich mich heute nicht zu Wort melden, weil auch ich etwas erkältet bin, aber die Debatte nimmt an Fahrt auf, was letztlich nur zeigt, wie wichtig das Thema ist, das wir auf die Agenda gesetzt haben. Wohnungspolitik, Wohnungsbau beschäftigt die Stadt, und es ist richtig, dass es uns um 23:15 Uhr immer noch beschäftigt. Wer den Kapitalismus wahrscheinlich am allerbesten verstanden hat, das sind doch die Investoren, Herr Baier.

(Beifall)

Das sind die Investoren der Immobilienwirtschaft, die seit Jahren auf dem Rücken der Menschen, die hier in Frankfurt keine Wohnung finden, Profit machen. Also lassen Sie bitte diese Zuschreibung von wegen Kapitalismuskritik. Die wirklichen Kapitalismusversteher sind die Investoren, und das dürfte allen hier im Raum klar sein.

Sie haben teilweise Richtiges in der Debatte gesagt. Es ist vollkommen falsch, dass sich das Land Hessen an der Spekulation beteiligt hat. Die letzten 15 Jahre ist nichts passiert, und ich kann Ihnen sagen, warum nichts passiert ist: Weil jeder hessische Finanzminister gedacht hat, er kann noch mehr Profit heraus schlagen. Er hat immer gehofft, einen größeren Investor zu finden, aber es ist nichts passiert. Es wäre doch unsere Aufgabe als Stadt Frankfurt, dem hessischen Fi-

nanzminister zu sagen, dass auch er, auch wenn er von der CDU ist, eine Verantwortung für die soziale Gerechtigkeit und das soziale Gefüge in der Stadt Frankfurt hat.

(Beifall)

Von daher verstehe ich es nicht ganz, Herr Josef, wenn Sie sagen, wir müssen mit dem Land natürlich reden, wir sind in einem Prozess. Was wir machen müssen, ist Druck ausüben. Sie müssen knallhart nach Wiesbaden fahren und sagen, dass es um viel geht. Es geht um den sozialen Zusammenhalt und - wie Frau Tafel-Stein wieder feststellte - um ein Filetgrundstück. Ja, es ist eines der letzten innerstädtischen Grundstücke, die so bebaut werden können, dass das soziale Gefüge in der Stadt eben nicht strapaziert wird. Man könnte hier etwas Neues wagen, wenn denn der Wille in Wiesbaden da wäre. Natürlich haben Sie recht, dass Wertberichtigungen gemacht werden müssen. Logisch. In den Büchern stehen viel zu hohe Werte für das Grundstück. Aber wenn man politisch will, kann man diese Wertberichtigungen durchsetzen und sie gegenüber der eigenen Partei und dem Koalitionspartner auch verkaufen. Es ist doch kein Argument zu sagen, aus Angst vor Wertberichtigungen muss das Land wohl versuchen, 80 Millionen Euro von irgendeinem Investor zu erzielen, und wir hoffen dann, dass dieser Investor auch noch in der Lage ist, etwas für den sozialen Wohnungsbau zu tun. Wie absurd ist das denn?

(Beifall)

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Dr. Kößler, für Ihren Beitrag. Er war sehr bezeichnend. Sie haben wörtlich gesagt: Im Selbstkaufen steckt keine allgemeingültige Antwort. Herr Kollege, das ist keine verständliche Antwort auf das Problem. Sie bleiben der Sache mit dieser dogmatischen Argumentation den Hintergrund schuldig. Sie wollen es schlicht nicht.

(Zurufe)

Nein, Sie wollen es nicht, und dann verstecken Sie sich hinter einer fadenscheinigen Antwort, die nicht einmal Sie selbst glauben.

Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreunds Schuh:**

Danke schön, Herr Stadtrat Josef! Das Wort hat Herr Stock von den GRÜNEN. Bitte!

**Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:**

Frau Vorsteherin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dem ist wenig hinzuzufügen. Das muss ich anerkennend sagen. Aber es steht noch ein Vorwurf im Raum, auf den noch nicht eingegangen worden ist. Ich finde, da müssten wir uns auch wieder einmal mit den Fakten beschäftigen. Es gab von Herrn Müller zuletzt, zuvor aber auch von Herrn Zieran in Richtung des Kollegen Dr. Kößler den Vorwurf, dass wir keine Grundstücke kaufen. Das war der Vorwurf. Wir würden alles verscherbeln.

(Zurufe)

Doch, doch, im Sinne des Kapitalismus: Die Neoliberalen verscherbeln alles.

Es lohnt sich doch einmal zu schauen, was wir gemacht haben. Es gibt im gestrigen Versandpaket die Antwort auf eine kluge Anfrage der FRAKTION. Glückwunsch. Sie haben die Antwort sicherlich schon gelesen. Es geht um die Vorlage B 22. Es wurde gefragt, wie viele Grundstücke die Stadt im Zeitraum von 2014 bis 2016 verkauft und gekauft hat, also in der Amtszeit von Olaf Cunitz als Liegenschaftsdezernent. Schwarz-Grün hat 2011 gesagt, eine aktive Grundstückspolitik machen zu wollen. Und Olaf Cunitz hat so gehandelt. Dann ist es neben der Debatte und den anderen Kämpfen, die wir austragen müssen und auf die Mike Josef eingegangen ist, interessant, was der Magistrat berichtet, was er denn getan hat. Er hat verkauft. Das ist richtig. 74.111 Quadratmeter hat er verkauft. Gekauft hat er aber 142.731 Quadratmeter. Insofern geht Ihre Kritik, wir würden städtischen Grund und Boden verscherbeln, schlichtweg fehl. Wir mehren den städtischen

Grund. Das ist gut so. So haben wir uns entschieden. Diese Politik werden wir fortsetzen. Vielleicht kommt dies auch einmal bei ÖkoLinX-ARL und der Linkspartei an. Dann könnten wir ernsthaft über alle weiteren Dinge, die Mike Josef angesprochen hat, diskutieren.

Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreunds Schuh:**

Danke schön, Herr Stock! Das Wort hat Herr Zieran von ÖkoLinX-ARL. Herr Zieran, Sie haben noch vier Minuten und zehn Sekunden. Bitte!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Ein Revival Act eines Planungsdezernenten - Mike, ich hätte von dir ein höheres Niveau an Polemik erwartet.

(Zurufe)

Das erinnert mich an die Siebzigerjahre und an Forschungsminister Matthöfer, der damals eine Rede an der Hauptwache hielt und zu den AKW-Gegnern sagte, deren Problem sei doch nur, dass sie sich aufregen, weil sie sexuelle Probleme hätten.

(Heiterkeit)

Auf diesem Niveau war auch die Rede von Mike Josef. Wir haben diese Debatte fast wortgleich im Ortsbeirat geführt - diese Demagogie mit Ökologie auf der einen Seite und dem Sozialen auf der anderen Seite. Das Gegeneinanderstellen und das Lächerlichmachen des Ökologischen kennen wir aus der SPD. Es hat Tradition in der Betonpartei SPD mit einer Ausnahme: Martin Wentz hat in den Siebzigerjahren mit uns zusammen einen sozialistischen Umweltkongress gemacht. Das war noch ein anderer Martin Wentz, der später das IG Metall-Hochhaus gebaut hat, weil er meinte, er müsste auch einmal hoch bauen dürfen, wenn die anderen dies dürften.

(Zurufe)

Da war keine alternative Politik. Da war kein Gedanke an diejenigen, die zu kurz gekommen sind.

(Zurufe)

Jetzt kommt das größte Argument. Es wundert mich, dass das von euch kommt. Das ist hemmungslos demagogisch.

(Zurufe)

Lasst es mich doch einmal sagen. Aus den Reihen der Regierung ist zu hören, dass die Opposition die Arbeit der Regierung machen muss.

(Heiterkeit)

Die Opposition.

(Zurufe)

Dazu komme ich noch. Gebt uns demnächst Mitarbeiter, die ihr uns verweigert, dann machen wir eure Arbeit.

(Heiterkeit)

Dann machen wir euch Bebauungspläne und dann läuft alles.

(Zurufe)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreunds Schuh:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe für den Redner. Danke!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-  
ARL:  
(fortfahrend)**

Es geht darum, eben nachzudenken und nicht nur polemisch rumzufurzen.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreunds Schuh:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe für den Redner.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-  
ARL:  
(fortfahrend)**

Stadtplanung besteht aus einer Einheit von ökologischem und sozialem Denken. Das heißt, man muss untersuchen, auf welcher Grundlage man arbeitet. Ich kann sie nicht strikt verleugnen. Das tut aber der Planungsdezernent.

(Zurufe)

Das tut auch die FDP, weil sie vielleicht auch andere Interessen hat. Vielleicht hat sogar derjenige, der hier am lautesten ist, auch sehr starke Interessen in der Immobilienwirtschaft. Wir brauchen in der Stadt Leute, die sich wirklich um die Probleme der Menschen ohne großes Einkommen kümmern. Wir müssen für sie bauen. Gleichzeitig müssen wir aber etwas für die Alteingesessenen in Frankfurt tun und nicht deren Lebensbedingungen verschlechtern, wie es beim Innovationsquartier aus Mangel an Fantasie und aus Mangel an Auseinandersetzung versucht wird. Da wird von mir Kompetenz gefordert. Ich erwarte Kompetenz vom Planungsdezernenten, der sich hinsetzt ...

(Zurufe)

... - hören Sie mir doch erst einmal zu - und das Gutachten, das es von der Universität Kassel über die Frischluftschneise gibt, noch nicht einmal kennt.

(Zurufe)

Bitte ziehen Sie die Zwischenrufe von meiner Redezeit ab. Der Herr da vorne ist unerträglich.

(Heiterkeit)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreundschuh:**

Bitte Ruhe. Für die letzten Sekunden der Redezeit von Herrn Zieran bitte ich Sie um Ruhe. Danke!

(Zurufe)

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-  
ARL:  
(fortfahrend)**

Ich denke, die Leute, die hier in der Opposition sind und nicht die Möglichkeiten des Magistrats haben, werden sogar überhaupt keine Probleme haben, dem Magistrat dabei zu helfen, Baugebiete zu finden, die vorhanden sind.

(Zurufe)

Nur bringt es nichts ...

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreundschuh:**

Herr Zieran, kommen Sie bitte zum Ende.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-  
ARL:  
(fortfahrend)**

Nur bringt es nichts, wenn man die einen gegen die anderen ausspielt, sie auch noch als Vertreter von Kleingärtnerinteressen runtermacht. Ihr kapiert nicht, wie wichtig eine Frischluftschneise ist, die ein Kaltluftentstehungsgebiet ...

(Zurufe)

Das ist kein Blabla. Das sind die Lebensbedingungen.

(Zurufe)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Erika Pfreundschuh:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kliehm von der LINKE.-Fraktion. Bitte schön!

**Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
lieber Mike Josef!

Die SPD in Berlin ist anscheinend klüger. Sie hat die Wohnungen zwar vor einigen Jahren zusammen mit den LINKEN. verscherbelt, ist mittlerweile aber eine neue Koalition eingegangen und kauft diese Wohnungen zurück. Sie möchte in den nächsten Jahren 100.000 Sozialwohnungen bauen. Wenn wir die einmal in Frankfurt gebaut haben, dann haben wir, glaube ich, keine Sorgen mehr.

Tatsächlich muss man feststellen, dass der Antrag der LINKEN. vom Oktober letzten Jahres nicht nur heute Abend noch einmal Bewegung in das Haus gebracht hat, sondern auch endlich einmal Bewegung in die Planungen für das Areal des Polizeipräsidiums. Im November hatte die FDP das Thema ebenfalls aufgegriffen. Dann wurde es drei Monate geschoben, bevor sich die Koalition dazu geäußert hat. Sie haben wie immer die Minimallösung gewählt und gesagt: „Ui, wir müssen den Bebauungsplan ändern.“ Das stand übrigens auch in unserem Antrag. Das haben Sie so abgeschrieben.

Währenddessen spekuliert das Land Hessen seit fünfzehn Jahren und Mike Josef sagt, es tut dem Land Hessen nicht weh, das Areal jetzt noch drei weitere Jahre vergammeln zu lassen. Der Punkt ist doch, dem Land Hessen ist es scheißegal, was mit dem Polizeipräsidium passiert, aber uns darf es eben nicht egal sein. Wir sind die Verantwortlichen, wir müssen es ausbaden, wenn die Frankfurterinnen und Frankfurter keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Da kann man schon erwarten, dass man dem Land Hessen etwas Druck macht. Ich hatte es nicht für möglich gehalten, aber manchmal wünsche ich mir Petra Roth zurück. Sie hat es wenigstens geschafft, den Campus Bockenheim zu kaufen. Sie hat uns zwar jahrelang nicht verraten wollen für wie viel, wir mussten erst eine An-